

**Kassel documenta Stadt
Stadtverordnetenversammlung
Ausschuss für Schule, Jugend und
Bildung**

Geschäftsstelle:
Büro der
Stadtverordnetenversammlung
Jutta Butterweck
jutta.butterweck@kassel.de
Telefon 0561 787 1224
Fax 0561 787 2182

Rathaus
Obere Königsstraße 8
34117 Kassel
W 222a

Behördennummer 115
Rechtshinweise
zur elektronischen
Kommunikation
im Impressum unter
www.kassel.de

34112 Kassel documenta Stadt

An die
Mitglieder
des Ausschusses für Schule, Jugend und Bildung
der Stadtverordnetenversammlung
Kassel

Kassel documenta Stadt

Sehr geehrte Damen und Herren,

3. Mai 2017
1 von 1

zur **11.** öffentlichen Sitzung des Ausschusses für Schule, Jugend und Bildung lade
ich ein für

**Mittwoch, 10. Mai 2017, 17:00 Uhr,
Sitzungssaal des Magistrats, Rathaus, Kassel.**

Tagesordnung:

- 1. Schulgelände Reuterschule**
Beschluss der Stadtverordnetenversammlung vom 20. Februar 2017
Bericht des Magistrats
-101.18.393-
- 2. Inklusive Bildung**
Anfrage der Fraktion B90/Grüne
Berichterstatter/in: Stadtverordnete Dr. Martina van den Hövel-Hanemann
- 101.18.494 -
- 3. Vegane Ernährung bei Kita- und Schulkindern**
Anfrage der AfD-Fraktion
Berichterstatter/in: Stadtverordnete Adriane Sittek
- 101.18.528 -

Mit freundlichen Grüßen

gez. Dr. Martina van den Hövel-Hanemann
Vorsitzende

Niederschrift
über die 11. öffentliche Sitzung
des Ausschusses für Schule, Jugend und Bildung
am **Mittwoch, 10. Mai 2017, 17:00 Uhr**
im Sitzungssaal des Magistrats, Rathaus, Kassel

12. Mai 2017
1 von 3

Anwesende:

Mitglieder

Dr. Martina van den Hövel-Hanemann, Vorsitzende, B90/Grüne

Sabine Wurst, 2. stellvertretende Vorsitzende, SPD

Anke Bergmann, Mitglied, SPD

Dr. Isabel Carqueville, Mitglied, SPD

Oliver Schmolinski, Mitglied, SPD

Marcus Leitschuh, Mitglied, CDU

Jutta Schwalm, Mitglied, CDU

Brigitte Thiel, Mitglied, CDU

(Vertretung für Dr. Michael von Rüden)

Boris Mijatovic, Mitglied, B90/Grüne

Thomas Materner, Mitglied, AfD

Adriane Sittek, Mitglied, AfD

Simon Aulepp, Mitglied, Kasseler Linke

Vera Gleuel, Mitglied, Freie Wähler

Magistrat

Anne Janz, Stadträtin, B90/Grüne

Schriftführung

Jutta Butterweck, Büro der Stadtverordnetenversammlung

Entschuldigt:

Christel Gusek, Vertreterin des Seniorenbeirates

Richard Pinks, Vertreter des Behindertenbeirates

Verwaltung und andere Teilnehmer/-innen

Axel Jäger, Hochbau- und Gebäudebewirtschaftung

Gabriele Steinbach, Schulverwaltungsamt

Judith Osterbrink, Jugendamt

Eberhard Meyer, Jugendamt

Tagesordnung:

1. Schulgelände Reuterschule
2. Inklusive Bildung

101.18.393

101.18.494

3. Vegane Ernährung bei Kita- und Schulkindern

101.18.528

2 von 3

Vorsitzende Dr. van den Hövel-Hanemann eröffnet die mit der Einladung vom 3. Mai 2017 ordnungsgemäß einberufene 11. öffentliche Sitzung des Ausschusses für Schule, Jugend und Bildung, begrüßt die Anwesenden und stellt die Beschlussfähigkeit und die Tagesordnung fest.

1. Schulgelände Reuterschule

Beschluss der Stadtverordnetenversammlung vom 20. Februar 2017

Bericht des Magistrats

-101.18.393-

Beschluss

Der Magistrat wird gebeten zu prüfen, ob die Grünfläche vor der Paul-Julius-von-Reuter-Schule (Ecke Gießbergstraße/Schillerstraße) dem Schulgrundstück der Reuterschule zugeordnet werden kann, um dort für mehr Sicherheit zu sorgen und die Anzahl der Probleme durch Diebstahl, Vandalismus und unberechtigte Zutritte zu reduzieren.

Stadträtin Janz führt in das Thema ein. Sie gibt das Wort an Herrn Axel Jäger, Amtsleiter Hochbau und Gebäudebewirtschaftung. Herr Jäger stellt den Mitgliedern die Ergebnisse des Prüfauftrages vor. Die schriftliche Antwort wird zugesagt.

Vorsitzende Dr. van den Hövel-Hanemann erklärt den Bericht nach Berichterstattung durch Stadträtin Janz und Herrn Axel Jäger, Amtsleiter Hochbau und Gebäudebewirtschaftung für erledigt.

2. Inklusive Bildung

Anfrage der Fraktion B90/Grüne

- 101.18.494 -

Anfrage

Wir fragen den Magistrat:

1. Wie viel Anträge von Eltern auf Beschulung ihrer Kinder in Förderschulen hat es seit der Einführung der Modellregion Inklusion gegeben?
2. Wie sieht das Verfahren aus?
3. Wurden solche Anträge abgelehnt?
4. Welche Ergebnisse liegen durch den Unterricht in Kooperationsklassen vor?

5. Welche Schulen haben Modelle für den inklusiven Unterricht entwickelt? 3 von 3

Die Anfrage und die Nachfragen der Ausschussmitglieder werden von Stadträtin Janz und Frau Gabriele Steinbach, Amtsleiterin Schulverwaltungsamt, beantwortet. Eine schriftliche Antwort wird zugesagt.

Nach Beantwortung durch Stadträtin Janz und Frau Gabriele Steinbach, Amtsleiterin Schulverwaltungsamt, erklärt Vorsitzende Dr. van den Hövel-Hanemann die Anfrage für erledigt.

3. Vegane Ernährung bei Kita- und Schulkindern

Anfrage der AfD-Fraktion
- 101.18.528 -

Anfrage

Wir fragen den Magistrat:

1. Wie wird sichergestellt, dass bei Kita- und Schulkindern keine Mangelerscheinungen bei veganer Ernährung auftreten?
2. Sind die Speisepläne in den Gemeinschaftseinrichtungen so ausgewogen, dass eine optimale Versorgung mit Fettsäuren, Vitamin B12, Eisen und Eiweiß gewährleistet wird?
3. Werden Eltern, die sich für die vegane Ernährung entschieden haben, über die möglichen Folgen für die Kinder informiert; wie z.B. Wachstumsstörungen, Blutarmut, Gehirnschäden?
4. Wie sah der gesamtgesundheitliche Zustand der Kinder bei der Einschulung 2016/2017 aus und lassen sich schon jetzt negative bzw. positive Trends für die folgenden Schuljahre feststellen?

Stadträtin Janz beantwortet die Anfrage und weitere Nachfragen.

Vorsitzende Dr. van den Hövel-Hanemann erklärt die Anfrage nach Beantwortung durch Stadträtin Janz für erledigt.

Ende der Sitzung: 17.55 Uhr

Dr. Martina van den Hövel-Hanemann
Vorsitzende

Jutta Butterweck
Schriftführerin

**Beschluss
der Stadtverordnetenversammlung**

20. Februar 2017
1 von 1

Schulgelände Reuterschule

Antrag der SPD-Fraktion

- 101.18.393 -

➤ **Geänderter Antrag**

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten, folgenden Beschluss zu fassen:

Der Magistrat wird gebeten zu prüfen, ob die Grünfläche vor der Paul-Julius-von-Reuter-Schule (Ecke Gießbergstraße/Schillerstraße) dem Schulgrundstück der Reuterschule zugeordnet werden kann, **um dort für mehr Sicherheit zu sorgen und die Anzahl der Probleme durch Diebstahl, Vandalismus und unberechtigte Zutritte zu reduzieren.**

Die Ergebnisse sollen dem Ausschuss für Schule, Jugend und Bildung vorgestellt werden.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst bei

Zustimmung: SPD, CDU, AfD, Stadtverordneter Burmeister,
Stadtverordneter Ernst, Stadtverordnete Dr. Janusch,
Stadtverordneter Nölke

Ablehnung: B90/Grüne, Kasseler Linke, Freie Wähler + Piraten

Enthaltung: --

den

Beschluss

Dem geänderten Antrag der SPD-Fraktion betr. Schulgelände Reuterschule, 101.18.393, wird **zugestimmt.**

Petra Friedrich
Stadtverordnetenvorsteherin

Nicole Eglin
Schriftführerin

Hochbau- und Gebäudebewirtschaftung

An -VI-

Prüfauftrag der Stadtverordnetenversammlung - 101.18.393 - Schulgelände Reuterschule

Der Magistrat wird gebeten zu prüfen, ob die Grünfläche vor der Paul-Julius-von-Reuter-Schule (Ecke Gießbergstraße/Schillerstraße) dem Schulgrundstück der Reuterschule zugeordnet werden kann, um dort für mehr Sicherheit zu sorgen und die Anzahl der Probleme durch Diebstahl, Vandalismus und unberechtigte Zutritte zu reduzieren.

Die Ergebnisse sollen dem Ausschuss für Schule, Jugend und Bildung vorgestellt werden.

Ergebnisse der Prüfung

Die Grünfläche vor der Paul-Julius-von-Reuter-Schule (Ecke Gießbergstraße/ Schillerstraße) – im folgenden „Reuterplatz“ – ist ein kleiner aber wichtiger Freiraum, der zur Identität und Aufenthaltsqualität im Quartiers beitragen kann und für eine öffentliche Nutzung geplant und gebaut wurde.

Zu diesem Zweck wurde die Neugestaltung des Reuterplatzes im Jahr 2008 mit Mitteln in Höhe von 70.000 € aus dem URBAN II Programm gefördert.

Ziel der Gestaltung der Grünfläche war es, den Bereich zwischen Holländischem Platz, Stern und Gießbergstraße, der in der Vergangenheit stark an Urbanität, Wohn- und Geschäftsqualität verloren hat und geprägt wird durch Imbissstuben, Gaststätten, Clubs, Spielhallen, schlechter Wohnsubstanz, Leerstand von Immobilien und einem vermehrten Zuzug sozialer Randgruppen, für die im Quartier lebenden Familien und für die Schüler der umliegenden Schulen vielfältig nutzbar zu machen.

Neben der gewünschten Nutzung laufen öffentliche Grün- und Freiräume auch Gefahr durch unerwünschte Nutzungen und für kriminelle Handlungen, wie z.B. Vandalismus, Vermüllen, Drogenmissbrauch und Drogenhandel missbraucht zu werden. Diese unerwünschten Nutzungen und Handlungen sind in der Regel unsterblich, d.h. sie treten azyklisch auf und haben wechselnde räumliche Schwerpunkte.

Handlungsansätze der Magistrates, um unerwünschte Nutzungen und Handlungen zu unterbinden, sind z.B.:

- Kontrollen durch die Ordnungspolizeibeamtinnen und -beamte
- die Verbesserung der Einsehbarkeit öffentlicher Grünräume
- Eindämmung durch die Unterstützung erwünschter Nutzungen

Öffentliche Frei- und Grünräume der öffentlichen Nutzung und damit auch den anderen Bürgern zu entziehen sollte wenn überhaupt nur als allerletztes Mittel erwogen werden.

Eine Zuordnung des Platzes zur Reuter-Schule würde nur Sinn machen, wenn dieser von der Schule auch sinnvoll genutzt werden kann. Dies wäre jedoch mit dem neuen Sicherheitskonzept für die Reuterschule nicht möglich.

An der Reuterschule wird derzeit das mit der Schulleitung in 2016 abgestimmte Sicherheitskonzept baulich umgesetzt. Nach erfolgreicher baulicher und schulorganisatorischer Umsetzung wird der Zugang für schulfremde Personen deutlich eingeschränkt. Die Zugänge vom Platz in die Schule werden geschlossen, da diese nicht kontrollierbar sind.

Seitens des Magistrats wird derzeit der Ansatz verfolgt, positive Impulse für das Quartier durch eine verstärkte öffentliche Nutzung des „Reuterplatzes“ zu setzen. Der Magistrat befindet sich hierzu in Gesprächen mit den Kaufleuten des Quartiers. Angestrebt wird eine teilweise Nutzung des Platzes durch Außengastronomie.

Axel Jäger



Fraktion in der
Stadtverordnetenversammlung

Kassel documenta Stadt

Rathaus, 34112 Kassel
Telefon 0561 787 1294
Telefax 0561 787 2104
fraktion@gruene-kassel.de
www.GRUENE-Fraktion-Kassel.de

Vorlage Nr. 101.18.494

1. März 2017
1 von 1

Inklusive Bildung

Anfrage

zur Überweisung in den Ausschuss für Schule, Jugend und Bildung

Wir fragen den Magistrat:

1. Wie viel Anträge von Eltern auf Beschulung ihrer Kinder in Förderschulen hat es seit der Einführung der Modellregion Inklusion gegeben?
2. Wie sieht das Verfahren aus?
3. Wurden solche Anträge abgelehnt?
4. Welche Ergebnisse liegen durch den Unterricht in Kooperationsklassen vor?
5. Welche Schulen haben Modelle für den inklusiven Unterricht entwickelt?

Fragesteller/-in:
Hanemann

Stadtverordnete Dr. Martina van den Hövel-

gez. Dieter Beig
Fraktionsvorsitzender

- 4021 -
Nina Zastrow

Kassel, 08. Mai 2017
Tel. 4114

Über – 40 –

An – V –

Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 01. März 2017 zur Vorlage im Ausschuss für Schule, Jugend und Bildung, **Vorlage Nr. 101.18.494**

Inklusive Bildung

1. Frage:

Wie viele Anträge von Eltern auf Beschulung ihrer Kinder in Förderschulen hat es seit der Einführung der Modellregion Inklusion gegeben?

Die Modellregion IB ist zum Schuljahr 2015/16 gestartet. Die konkreten Zahlen der Anträge von Eltern können uns vom Land nicht zur Verfügung gestellt werden.

Da alle Anträge von Eltern mit Kindern mit Förderbedarf auf Aufnahme in eine Förderschule genehmigt worden sind, lassen sich die angefragten Zahlen am ehesten aus der Entwicklung der Schülerzahlen in den „Startklassen“ (Vorklassen, Eingangsstufen, Grundstufen in der Regel jahrgangsübergreifend) der jeweiligen Förderschulen ablesen.

Schule	2012/13	2013/14	2014/15	2015/16	2016/17	Anmerkungen
Alle Förderbedarfe (10 Schulen ¹)	139	123	105	95	88	
Davon Lernen	45	42	29	20	19	

2. Frage: Wie sieht das Verfahren aus?

Das Verfahren ist im Hessischen Landesrecht geregelt. In § 17 der Verordnung über Unterricht, Erziehung und sonderpädagogische Förderung von Schülerinnen und Schülern mit Beeinträchtigungen oder Behinderungen (VOSB) heißt es

§ 17 VOSB – Aufnahme in eine Förderschule

(1) 1Stellen die Eltern, die volljährige Schülerin oder der volljährige Schüler den Antrag auf Aufnahme in eine Förderschule, so leitet die Schulleiterin oder der Schulleiter der allgemeinen Schule den Antrag und die den Antrag begründenden Unterlagen an die gewünschte Förderschule weiter. 2Der Antrag ist grundsätzlich bis zum 15. Dezember des Vorjahres zu

¹ Alexander-Schmorell-Schule (KM), August-Fricke-Schule (PB), Wilhelm-Lückert-Schule (SP, S, H), Mönchebergschule (L), Astrid-Lindgren-Schule (L), Osterholzscheule (L), Pestalozzischeule (L), Georg-Büchner-Schule (EH), Institut Lauterbad (EH), Jean-Paul-Schule (EH, L)

stellen. 3Die Schulleiterin oder der Schulleiter der Förderschule entscheidet über die Aufnahme sowie über Art, Umfang und Organisation der sonderpädagogischen Förderung auf der Grundlage einer förderdiagnostischen Stellungnahme nach § 9 Abs. 2.

(2) 1Die Schulleiterin oder der Schulleiter der gewünschten Förderschule lehnt die Aufnahme ab, wenn die Art des Anspruchs auf sonderpädagogische Förderung nicht dem Förderschwerpunkt oder den Förderschwerpunkten der gewünschten Förderschule entspricht. 2Dies ist den Eltern, der volljährigen Schülerin oder dem volljährigen Schüler unter Angabe der Gründe durch die Schulleiterin oder den Schulleiter der Förderschule schriftlich mitzuteilen. 3Sie sind über andere geeignete Förderschulen zu beraten. § 70 Abs. 2 des Schulgesetzes bleibt unberührt.

(3) Beantragen die Eltern, die volljährige Schülerin oder der volljährige Schüler aufgrund der Beratung der Förderschule die Aufnahme in eine andere Förderschule, wird der Antrag an diese Schule weitergeleitet.

3. Frage: Wurden solche Anträge abgelehnt?

Nein.

4. Frage:

Welche Ergebnisse liegen durch den Unterricht in Kooperationsklassen (KK) vor?

Aktuell arbeiten folgende Förderschulen mit Kooperationsklassen in Regelschulen:

August-Fricke-Schule (Förderschwerpunkt Geistige Entwicklung)

→ mit zwei KK in der Auefeldschule (Grundstufe)

→ mit einer Klasse in der Reformschule (Sek. 1)

Alexander-Schmorell-Schule (Förderschwerpunkt körperliche/motorische Entwicklung)

→ eine KK in der Schule Bossental (Grundstufe)

Mönchebergschule (Förderschwerpunkt Lernen)

→ zwei Klassen in der Schule Hegelsberg (Sek. 1)

Eine Evaluation wird schulintern durchgeführt. Die Ergebnisse bleiben in der Schule/in den Schulen. Die Tatsache, dass die August-Fricke-Schule, die zunächst mit einer KK in der Auefeldschule gestartet ist, inzwischen auf drei KK ausgebaut hat, lässt die gute Förderung der Schüler/innen in den KK, eine gute gemeinsame Arbeit und positive Bewertungen bei Lehrer/innen und Eltern vermuten.

5. Frage:

Welche Schulen haben Modelle für den inklusiven Unterricht entwickelt?

Gemäß Hessischem Schulgesetz sind alle Schulen angehalten, Modelle für den inklusiven Unterricht zu entwickeln. Alle Regelschulen arbeiten an gesamtschulischen Förderkonzepten. Die Zwischenstände werden regelmäßig in den Schulleiterdienstversammlungen der jeweiligen Schulform (Staatliches Schulamt) vorgestellt und diskutiert.

AfD

Fraktion in der Stadtverordnetenversammlung

Rathaus, 34112 Kassel
Telefon 0561 787 3265
Telefax 0561 787 3266
stadtverordnete@ks.afd-hessen.de

12. April 2017
1 von 1

Vorlage Nr. 101.18.528

Vegane Ernährung bei Kita- und Schulkindern

Anfrage

zur Überweisung in den Ausschuss für Schule, Jugend und Bildung

Wir fragen den Magistrat:

1. Wie wird sichergestellt, dass bei Kita- und Schulkindern keine Mangelercheinungen bei veganer Ernährung auftreten?
2. Sind die Speisepläne in den Gemeinschaftseinrichtungen so ausgewogen, dass eine optimale Versorgung mit Fettsäuren, Vitamin B12, Eisen und Eiweiß gewährleistet wird?
3. Werden Eltern, die sich für die vegane Ernährung entschieden haben, über die möglichen Folgen für die Kinder informiert; wie z.B. Wachstumsstörungen, Blutarmut, Gehirnschäden?
4. Wie sah der gesamtgesundheitliche Zustand der Kinder bei der Einschulung 2016/2017 aus und lassen sich schon jetzt negative bzw. positive Trends für die folgenden Schuljahre feststellen?

Um schriftliche Antwort wird gebeten.

Fragesteller/-in: Stadtverordnete Adriane Sittek

gez. Sven R. Dreyer
Stellv. Fraktionsvorsitzender